



Mädchen und Frauen vor Genitalverstümmelung schützen

Mädchen und Frauen vor Genitalverstümmelung schützen
Heute ist der Internationale Tag gegen Genitalverstümmelung an Frauen und Mädchen. Dazu erklärt Gesine Akena, Frauenpolitische Sprecherin und Mitglied des Bundesvorstands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Wir setzen uns für die weltweite Beendigung von weiblicher Genitalverstümmelung ein, denn sie verletzt zivile und soziale, wie auch politische und kulturelle Menschenrechte von Frauen. Laut Unicef leben weltweit 125 Millionen Mädchen und Frauen mit den Folgen von Genitalverstümmelung und weitere drei Millionen Mädchen sind in Gefahr, dieser Praxis zum Opfer zu fallen. In Ländern wie Ägypten, Dschibuti, Guinea und Somalia sind mehr als 90 Prozent der Mädchen betroffen. Auch in Deutschland leben circa 50.000 Opfer der Genitalverstümmelung. Diese alarmierenden Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, hierzulande und international gegen weibliche Genitalverstümmelung vorzugehen. Ein erster, wichtiger Schritt war es, Genitalverstümmelung als Straftatbestand ins deutsche Strafgesetzbuch aufzunehmen. Das allein reicht aber nicht aus. Für die Eindämmung von Genitalverstümmelung sind Beratungen für betroffene Gruppen, Aufklärungskampagnen, sowie spezielle Weiterbildungen für Ärztinnen und Ärzte notwendig. Hierfür muss sich die Bundesregierung international einsetzen und dafür auch vermehrt Gelder zur Verfügung stellen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Maßnahmen, Kampagnen und Projekte in Deutschland, Europa und weltweit Früchte tragen: Laut Unicef unterstützen immer weniger Menschen die Praxis der weiblichen Beschneidung. Diese Entwicklung wollen wir weiter vorantreiben."
Bündnis 90/Die Grünen
Platz vor dem Neuen Tor 1
11015 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/28442130
Telefax: 030/28442234
Mail: presse@gruene.de
URL: <http://www.gruene-partei.de> 

Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.